

Anja Kruke/Philipp Kufferath

Einleitung: Krisendiagnosen, Meistererzählungen und Alltagspraktiken

Aktuelle Forschungen und Narrationen zur Demokratiegeschichte in Westeuropa

»Könnte es eigentlich sein, dass das demokratische Projekt sich irgendwann erschöpft? Wäre es denkbar, dass die Demokratie einmal ihren progressiven Charakter verliert, ja vielleicht sogar reaktionär wird?«¹ Diese Fragen, die der Wiener Politikwissenschaftler Ingolfur Blühdorn 2013 seiner Analyse über die »Neue Politik nach der postdemokratischen Wende« vorausschickte, sind fünf Jahre später weiterhin virulent. Zum einen, weil sie die widersprüchlichen zeitgenössischen Wahrnehmungen transportieren, die mit »Demokratie« und »Partizipation« verbunden werden, und zum anderen, weil sie eine dichotome Wertung in sich tragen, die charakteristisch für die hohen gesellschaftlichen Erwartungen, aber auch für die großen Befürchtungen sind, die spätestens seit Mitte des 20. Jahrhunderts mit den verschiedenen Vorstellungen von Demokratie verbunden werden.

Dass die Demokratie in einer tiefen Krise sei, ist eine Diagnose, die ihren eigenen Rhythmen folgt. Bereits vor 50 Jahren wähten zahlreiche Intellektuelle in Deutschland sie schon einmal am Ende. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) war in mehrere Landtage eingezogen, im Bund regierte eine (tatsächlich) Große Koalition mit über 90% der Mandate. In diesem Kontext sahen Zehntausende, die sich nun als außerparlamentarische Opposition begriffen, in der Einführung der »Notstandsgesetze« den ersten Schritt in die Diktatur. Das Schreckensszenario des »autoritären Staates« geisterte durch die Debatten, überall gab es laute Warnungen vor einer drohenden »Transformation der Demokratie«. Dass in Justiz, Politik und Wirtschaft viele ehemalige Nationalsozialisten führende Positionen innehatten, war keine aus der DDR importierte Propagandalosung, sondern – wie wir aus den jüngeren Forschungsprojekten zur Geschichte deutscher Behörden und Ministerien wissen – demokratische Realität. Dennoch brach die Gesellschaft nicht auseinander, trotz aller »Legitimationsprobleme«, sondern wandelte sich in eine – leidenschaftlich streitende – partizipative Demokratie. Willy Brandts Botschaft »Mehr Demokratie wagen« wurde dabei ganz unterschiedlich interpretiert: Die von reformorientierten linken Strömungen proklamierte »Demokratisierung aller Lebensbereiche« stieß auf Widerstand, zeitgleich kam es dennoch zu einer Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten durch parlamentarische Anhörungen, Fachkommissionen und gesellschaftliche Mitbestimmung. Nicht nur die Wahlbeteiligung stieg, sondern auch das parteipolitische Engagement und die »Diskussionslust«, was wiederum nach einiger Zeit insbesondere bei vielen Lehrkräften auch ein Gefühl von zeitlicher Überforderung und ideologischem Überdruß hinterließ – bis hin zu skeptischen Zeitdiagnosen, die einige Jahre später die »Unregierbarkeit« des Landes befürchteten.²

1 Ingolfur Blühdorn, *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, Berlin 2013, S. 9.

2 Vgl. zu den genannten Aspekten unter anderem: *Michael Schneider*, *Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968)*, Bonn 1986; *Gabriele Metzler*, *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Paderborn/München etc. 2005; *Christian Mentel/Niels Weise*, *Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus*.

Das Sprechen über Demokratie besitzt also offenkundig nicht nur konjunkturelle Dynamiken, sondern wird von großen Emotionen und entschiedenen Werthaltungen getragen. Dies sollte auch nicht beunruhigen bei einer Regierungsform, in welcher der politische Wettstreit um Ideen und Einfluss sowie die Aushandlung von Interessen in einem rechtlich abgesteckten Rahmen konstitutiv sind. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, als nach und nach in England, den USA und Frankreich erste Verfassungen eingeführt wurden, die Wahlen und Mehrheitsentscheidungen (zunächst allerdings nur von männlichen Staatsbürgern³) zum Prinzip der politischen Auslese erhoben, seit es ab Mitte des 19. Jahrhunderts erste Parteien gab, die sich als demokratisch bezeichneten, wird über den Geltungsbereich, die Unzulänglichkeiten und die Zukunftsfähigkeit des Konzepts »Demokratie« breit diskutiert. Die Klagen, dass partizipative Ansprüche als herausfordernd oder störend empfunden werden, dass die existierenden demokratischen Systeme unzureichend funktionieren und dass subjektive Maßstäbe und Wirklichkeit häufig weit auseinanderklaffen, sind ein elementarer Bestandteil der Geschichte moderner Demokratien.⁴ Dieses Spannungsverhältnis lässt sich auch produktiv wenden und als Seismograf gesellschaftlicher Unruhezustände beschreiben.

I. POLITIKWISSENSCHAFTLICHE ZEITDIAGNOSEN UND KRISENSZENARIOEN

Aktuelle diagnostische Beobachtungen zum Status quo der Demokratie kommen häufig zu recht dramatischen Schlussfolgerungen.⁵ Ein Teil der Studien sieht die liberalen, repräsentativen Demokratien durch (rechts-)populistische Bewegungen und Parteien sowie durch unrealistische Erwartungen an das politische System in Gefahr.⁶ In einer komplexen und konfliktreichen demokratischen Realität suggerierten die resoluten Lösungsvor-

Stand und Perspektiven der Forschung, München/Potsdam 2016; *Nina Verheyen*, Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des »besseren Arguments« in Westdeutschland, Göttingen 2010; *Philipp Kufferath*, Peter von Oertzen (1924–2008). Eine politische und intellektuelle Biografie, Göttingen 2017, S. 355ff.; *Jens Hacke*, »Mehr Demokratie wagen«. Karriere einer Zauberformel, in: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 25, 2016, H. 3, S. 5–28; *ders./Dominik Geppert* (Hrsg.), Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980, Göttingen 2008; *Christian Schletter*, Grabgesang der Demokratie. Die Debatten über das Scheitern der bundesdeutschen Demokratie von 1965 bis 1985, Göttingen/Bristol 2015.

3 Vgl. *Hedwig Richter/Kerstin Wolff* (Hrsg.), Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa, Hamburg 2018.

4 Vgl. *John Keane*, The Life and Death of Democracy, London/New York etc. 2009; *Pierre Rosanvallon*, Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens, Hamburg 2017 (zuerst frz. 2006).

5 Vgl. als Überblick und kritische Einordnung: *Wolfgang Merkel* (Hrsg.), Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie, Wiesbaden 2015; *Franz Walter/Danny Michelsen*, Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation, Berlin 2013; sowie den Themenschwerpunkt »Zukunft der Demokratie« im Forschungsjournal Soziale Bewegungen 31, 2018, H. 1–2.

6 Vgl. *Steven Levitsky/Daniel Ziblatt*, Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können, München 2018 (zuerst engl. 2018); *David Runciman*, How Democracy Ends, London 2018; *Yascha Mounk*, Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht, München 2018 (zuerst engl. 2018); *Serge Embacher*, »Demokratie! Nein danke?«. Demokratieverdross in Deutschland, Bonn 2009; *Dirk Jörke/Oliver Nachtwey* (Hrsg.), Das Volk gegen die (liberale) Demokratie, Baden-Baden 2017; *Hans Vorländer*, Die Revolte der Bürger. Der neue Populismus und die Krise der Demokratie, München 2019 (in Vorbereitung).

schläge der Populisten trügerische Eindeutigkeit.⁷ Andere konstatieren dagegen eher eine Entkopplung sozialer und politischer Eliten von der Gesellschaft, was entweder in verständlichem Protest münde, um angesichts ungleicher Partizipationschancen »wirkliche« Demokratie einzufordern, oder zu Resignation und Frustration führe.⁸ Die kapitalismuskritische Variante dieser Deutung besagt, dass im neoliberalen Zeitalter die globale Herrschaft des Marktprinzips die Handlungsmöglichkeiten der Parlamente so stark beschränke, dass eine Erneuerung der Demokratie unwahrscheinlich erscheine und – wenn überhaupt – nur durch zivilgesellschaftliche Akteure und soziale Konflikte erreicht werden könne.⁹ Mit dem Begriff der »Postdemokratie« umschrieb der britische Sozialwissenschaftler Colin Crouch den wachsenden Einfluss von Denkfabriken und Werbeagenturen auf Parteien sowie die Abhängigkeit der Politik von internationalen Verträgen, global agierenden Unternehmen und der Dynamik der Finanzmärkte.¹⁰ Gleichzeitig haben Enthüllungen etwa zur umfassenden Überwachung durch die US-amerikanische »National Security Agency« (NSA) oder zum fahrlässigen Handeln der deutschen Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit dem Terror des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) dazu beigetragen, kritisch auf die zunehmende Verselbständigung der Exekutive zu reagieren. Es sind vor allem journalistische Stimmen, die in diesen Erscheinungen auch eine Untergrabung der Demokratie sehen.¹¹ Primär technologiekritisch argumentieren hingegen Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler, die auf die »Silicon Democracy«, die Machtstellung von datenverarbeitenden Großunternehmen nicht nur im Internet verweisen, und Digitalisierung, »Big Data« sowie »Künstliche Intelligenz« als große Herausforderungen,

-
- 7 Vgl. *Jan-Werner Müller*, Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016; *Philip Manow*, Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin 2018; *Everhard Holtmann/Adrienne Krappidel/Sebastian Rehse*, Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils, Wiesbaden 2006. Die Geländegewinne der Rechtspopulisten haben zudem aktuell eine Kontroverse in Gang gesetzt, inwiefern und auf welcher Grundlage auch eine linke Popularisierung und Sammlung möglich wäre. Vgl. *Chantal Mouffe*, Für einen linken Populismus, Berlin 2018; *Thomas E. Goes/Violetta Bock*, Ein unanständiges Angebot? Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte, Köln 2017; *Bernd Stegemann*, Das Gespenst des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie, Berlin 2017.
- 8 Vgl. *Paul Schreyer*, Die Angst der Eliten. Wer fürchtet die Demokratie?, Frankfurt am Main 2018; *Michael Hartmann*, Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden, Frankfurt am Main/New York 2018; *Gertrud Höhler*, Demokratie im Sinkflug. Wie sich Angela Merkel und EU-Politiker über geltendes Recht stellen, München 2017.
- 9 Vgl. *Wendy Brown*, Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört, Berlin 2018 (zuerst engl. 2015); *Wolfgang Streeck*, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013; *Ellen Meiksins Wood*, Demokratie contra Kapitalismus. Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus, Köln 2010 (zuerst engl. 1995); *Wilhelm Heitmeyer*, Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1, Berlin 2018. Vgl. zu diesem Spannungsverhältnis aus historischer Sicht: *Jürgen Kocka*, Kapitalismus und Demokratie. Der historische Befund, in: *AfS* 56, 2016, S. 39–50.
- 10 *Colin Crouch*, Postdemokratie, Berlin 2008 (zuerst engl. 2004). Vgl. auch *ders.*, Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II, Berlin 2011 (zuerst engl. 2011); *Astrid Séville*, »There is No Alternative«. Politik zwischen Demokratie und Sachzwang, Frankfurt am Main/New York 2017.
- 11 Vgl. *Glenn Greenwald*, Die globale Überwachung. Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen, München 2015; *Marcel Rosenbach/Holger Stark*, Der NSA-Komplex. Edward Snowden und der Weg in die totale Überwachung, München 2014; *Patrick Gensing*, Terror von rechts. Die Nazi-Morde und das Versagen der Politik, Berlin 2012; *Juliane Karakayalı/Çağrı Kahveci/Doris Liebscher* u. a. (Hrsg.), Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft, Bielefeld 2017.

wenn nicht ernste Bedrohungen für die Demokratie ansehen.¹² Außerdem meldeten sich in den letzten Jahren Wissenschaftler zu Wort, die zentrale demokratische Praktiken in einer grundlegenden Krise sehen und nüchtern die Frage stellen, ob Wahlen und Abstimmungen noch adäquate Formen der politischen Entscheidungsfindung darstellen.¹³ Selbst wenn nur ein Teil dieser Szenarien zuträfe – so »theoretisch einseitig und empirisch anekdotisch« sie auch sein mögen¹⁴ –, scheint es gewagt, ohne eine Reflexion dieser Kritiken Aussagen über demokratische Partizipation im Gestern und Heute zu treffen.¹⁵ Sie werfen grundlegende Fragen auf, die als Ausgangspunkt auch für geschichtswissenschaftliche Tiefenbohrungen anregend sein können.

Die skeptischen bis dystopischen Töne speisen sich ebenso aus kontrovers wahrgenommenen Wahlentscheidungen der jüngeren Vergangenheit. Sie brachten in Europa gravierende innergesellschaftliche Spaltungen zum Vorschein, die in mancherlei Hinsicht Parallelen zu früheren Krisenzeiten demokratischer Gesellschaften aufzuweisen scheinen. In Italien, Polen, Österreich und Ungarn sind autoritäre, teilweise offen rechtsextreme Parteien an der Regierung beteiligt. Sie erhalten ihre Legitimation durch gute Ergebnisse bei demokratischen Wahlen, die als allgemein, gleich und frei anerkannt werden. Als Regierungsparteien greifen sie jedoch auf politische Strategien zurück, die von der Opposition und vielen internationalen Beobachtern als bedenkliche Einschränkung demokratischer Handlungsspielräume interpretiert werden. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) erzielte bei den letzten drei Nationalratswahlen jeweils deutliche Zuwächse und wurde zuletzt von einem Viertel der Wähler unterstützt. Die italienische »Lega Nord« konnte bei den jüngsten Parlamentswahlen 2018 ihr Ergebnis vervierfachen und regiert nun gemeinsam mit dem populistischen »Movimento 5 Stelle«. In Ungarn erreichte das Parteienbündnis »Fidesz – Ungarischer Bürgerbund« von Ministerpräsident Viktor Orbán bei den Wahlen von 2010 sogar eine Zweidrittelmehrheit. Mit seinen scharfen Angriffen auf die Migrationspolitik der Europäischen Union wurde er zum Vorbild für rechte Parteien in ganz Europa, die vielerorts Zugewinne verzeichnen können. Die »Alternative für Deutschland« (AfD), in deren Reihen auch Rechtsextreme agieren, zog bei der Bundestagswahl 2017 als drittstärkste Partei in den Deutschen Bundestag ein, der französische »Front National«, der seit Juni 2018 als »nationale Sammlungsbewegung« (»Rassemblement National«) firmiert, konnte an frühere Wahlerfolge anknüpfen und in Großbritannien war die »United Kingdom Independent Party« (UKIP) treibende Kraft hinter dem erfolgreichen und folgenreichen Referendum zum Austritt aus der EU (»Brexit«). Die Präsidialsysteme in Russland und der Türkei, von einer Mehrheit der Wahlbevölkerung unterstützt, haben eindeutig autokratische Züge. Wahlen finden zwar weiterhin statt, die oppositionelle Meinungsäußerung ist jedoch stark eingeschränkt. Dazu gesellt sich jenseits des Atlantiks ein republikanischer US-Präsident, der mit verbalen Provokationen sowie sachlicher Unkenntnis

12 Vgl. *Evgeny Morozov*, *Smarte neue Welt. Digitale Technik und die Freiheit des Menschen*, München 2013 (zuerst engl. 2013); *Yvonne Hofstetter*, *Das Ende der Demokratie. Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt*, München 2016. Mit einem optimistischeren Zugang: *Aleksandra Sowa*, *Digital Politics. So verändert das Netz die Demokratie. 10 Wege aus der digitalen Unmündigkeit*, Bonn 2017.

13 Vgl. *David van Reybrouck*, *Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist*, Göttingen 2016; *Jason Brennan*, *Gegen Demokratie. Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen*, Berlin 2017 (zuerst engl. 2016). Als Gegenstimme: *Adam Przeworski*, *Why Bother with Elections?*, Cambridge/Medford 2018.

14 *Wolfgang Merkel*, *Schluss: Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung?*, in: *ders.*, *Demokratie und Krise*, S. 473–498, hier: S. 473.

15 So betont Hedwig Richter die »geradezu verblüffende Erfolgsgeschichte« der Demokratie und die Stabilität von Gewaltenteilung und Grundrechten, *Hedwig Richter*, *Streitbar*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 13.8.2018.

in Erscheinung tritt und sich in seinem Handeln über bisherige Spielregeln der internationalen Beziehungen hinwegsetzt. Die nach dem Ende des Kalten Kriegs zunächst vorherrschende Überzeugung, dass die Menschheit nun den Siegeszug der liberalen Demokratien nach westlichem Vorbild erleben werde, ist in den letzten Jahren der resignierten Ernüchterung gewichen, dass viel eher eine »demokratische Rezession« bevorzustehen scheint.¹⁶

Es sind Beobachtungen dieser Art, die die amerikanischen Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt dazu veranlassten, das »Sterben« von Demokratien einmal vergleichend zu analysieren. Ob in Venezuela unter Hugo Chávez, in Peru unter Alberto Fujimori, in der Türkei unter Recep Tayyip Erdoğan oder in Ungarn unter Viktor Orbán: Demokratien werden nach ihrer Diagnose nur selten auf einen Schlag abgeschafft, etwa durch einen Putsch, sondern geraten häufiger durch eine schleichende Erosion in Gefahr, sei es durch eine Missbilligung der etablierten demokratischen Institutionen vonseiten der Regierung, durch eine Beschimpfung und Erniedrigung politischer Gegner als »Schakale«, »Terroristen« oder »Verräter« oder durch eine Umgehung der Legislative und Judikative mittels präsidialer Verordnungen. Die parlamentarische Mehrheit wird in diesen Fällen für eine Ausweitung von Machtanspruch und -ausübung genutzt, etwa über Änderungen im Wahlrecht, die sich zum Vorteil der regierenden Partei auswirken. Weitere Maßnahmen können eine Behinderung, Unterdrückung oder das Verbot regierungskritischer Medien sowie die Verhaftung oppositioneller Führungspersonen unter dem öffentlichkeitswirksamen Vorwurf von Steuerhinterziehung oder Betrug sein, ohne dass es dafür einen realen Hintergrund geben müsste. Die Selbstermächtigung der Exekutive, die medial als adäquate Krisenreaktion präsentiert wird und mit Rückhalt in der Bevölkerung rechnen kann, führt gegebenenfalls bis zu einer Ausschaltung von Gegenspielern und Schiedsrichtern innerhalb der staatlichen demokratischen Strukturen. Sie werden ihrer Ämter enthoben, aus dem Staatsdienst entlassen und durch regimetreue Personen ersetzt, bis hin zu einer Entmachtung oder Auflösung missliebiger Institutionen.¹⁷ Levitsky und Ziblatt beenden ihre Analyse jedoch keineswegs mit Fatalismus, sondern benennen auch gegenläufige Tendenzen, etwa die demokratische Entwicklung in Ländern wie Tunesien, Kolumbien oder Sri Lanka in den letzten Jahren. Vor allem aber vertrauen sie auf die vorhandenen normativen und institutionellen »Leitplanken der Demokratie« sowie auf die Schockwirkung mancher Ereignisse, die zumindest in Staaten mit demokratischen Traditionen zu ungewöhnlichen Allianzen führen könne, um die Demokratie zu verteidigen.¹⁸

Sieben Jahre vor Erscheinen von Levitskys und Ziblatts Diagnose fiel eine gängige Narration allerdings noch wesentlich optimistischer aus. Ausgehend von Tunesien und Ägypten traten während des »Arabischen Frühlings« von 2011 demokratische Erneuerungsbewegungen auf den Plan, um die autoritären Regierungen in Nordafrika abzulösen. Mit ihrer Praxis, großstädtische Plätze über Wochen in einen Ort permanenter Demonstration, Diskussion und Alternativkultur zu verwandeln, schufen sie eine wirkmächtige Bildsprache, die große mediale Öffentlichkeit erzielte.¹⁹ Sie wurde als Vorbild aufgegriffen von Bewegungen in der ganzen Welt, am bekanntesten sind die Proteste von »Occupy« vor der New Yorker Wall Street (»We are the 99 Percent«) sowie die vielen »Indignados« (Empörten) auf Spaniens Straßen mit ihrer Forderung nach »¡Democracia Real Ya!« (Echte Demokra-

16 Larry Diamond, Facing Up to the Democratic Recession, in: Journal of Democracy 26, 2015, H. 1, S. 141–155.

17 Levitsky/Ziblatt, Wie Demokratien sterben, S. 86ff.

18 Ebd., S. 115ff. und 239ff.

19 Vgl. Michael Lüders, Tage des Zorns. Die arabische Revolution verändert die Welt, München 2011.

tie jetzt!).²⁰ In Deutschland und anderen Ländern Europas kristallisierte sich mit der »Piratenpartei« (vorübergehend) eine parlamentarische Stimme der »Digital Natives« heraus. Die internationalen Medien waren voll mit Kommentaren, die nach Jahren der Apathie eine Aufbruchsstimmung insbesondere der jüngeren Generation konstatierten. Das US-Nachrichtenmagazin »Time« etwa kürte »The Protester« zur »Person of the Year« 2011 und verglich die Bewegungen in ihrer Wirkung gar mit den großen revolutionären Umbrüchen des 19. und 20. Jahrhunderts.²¹ Und das dünne Büchlein »Indignez-vous!« (Empört Euch!) des über 90-jährigen ehemaligen Résistance-Kämpfers Stéphane Hessel avancierte als millionenfach verkaufter Bestseller zum Symbol dieser plötzlichen Politisierungswelle.²²

Die Motive und Absichten, aus denen Menschen zur Wahl oder auf die Straße gehen, sind aber wohl doch widersprüchlicher, als dies populäre Losungen wie »Wir sind das Volk« oder »Wir sind die 99 Prozent« zum Ausdruck bringen. Auch die Artikulationen sogenannter Wutbürger, ob beim Volksentscheid gegen »Stuttgart 21«, im Zusammenhang mit dem Schulgesetz in Hamburg oder beim Bau von Stromtrassen und Windparks, lassen sich als Formen der Partizipation untersuchen – eine Geschichte der Transformation sozialer Bewegungen, die Teil veränderter Protestkulturen sind.²³ Bereits der journalistische Begriff »Wutbürger« – 2010 zum »Wort des Jahres« gekürt – bringt diese normative Ambivalenz von Protest auf den Punkt. Zur politischen Empörung gehören eben nicht nur Phänomene wie »Occupy Wall Street« oder Bürgerbegehren zu lokalen Streitfällen, sondern auch die »Tea-Party«-Bewegung oder die Demonstrationen von »Pegida« und »Pro Chemnitz«. Die politische Ideengeschichte schreibt Forderungen nach einer Ausweitung von Demokratie und Partizipation tendenziell der politischen Linken zu, während antidemokratische Traditionen bei konservativen Eliten und der Rechten insgesamt festgestellt werden und der Liberalismus in seinen verschiedenen Spielarten als ideeller Statthalter von Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus angesehen wird.²⁴ In der gegenwärtigen Auseinandersetzung um »abgehobene Eliten«, »wahre Volksvertreter« und »populistische Antworten« helfen solche normativen Zuschreibungen analytisch nur bedingt. Nicht zuletzt zeigt die Geschichte konservativer und rechter Bewegungen schon lange, dass diese mobilisierende und partizipative Methoden nutzten, um antidemokratische Politik zu legitimieren.²⁵ Wenn also partizipative Ansprüche einhergehen mit einer

20 Vgl. *Stefan Donath*, *Protestchöre. Zu einer neuen Ästhetik des Widerstands*. Stuttgart 21, Arabischer Frühling und Occupy in theaterwissenschaftlicher Perspektive, Bielefeld 2018; *Nikolai Huke*, »Sie repräsentieren uns nicht«. Soziale Bewegungen und Krisen der Demokratie in Spanien, Münster 2017.

21 *Kurt Anderson*, *The Protester*, in: *Time*, 14.12.2011.

22 *Stéphane Hessel*, *Empört Euch!*, Berlin 2011 (zuerst frz. 2010).

23 Vgl. *Franz Walter/Stine Marg/Lars Geiges* u. a. (Hrsg.), *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?*, Reinbek 2013; *Christoph Hoefl/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles* (Hrsg.), *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*, Bielefeld 2017; *Frank Brettschneider/Wolfgang Schuster* (Hrsg.), *Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*, Wiesbaden 2013; *Thymian Bussemer*, *Die erregte Republik. Wutbürger und die Macht der Medien*, Stuttgart 2011; *Annette Elisabeth Töller/Sylvia Pannowitsch/Céline Kuscheck* u. a., *Direkte Demokratie und Schulpolitik. Lehren aus einer politikfeldanalytischen Betrachtung des Scheiterns der Hamburger Schulreform*, in: *ZParl* 42, 2011, S. 503–523.

24 Vgl. *Jens Hacke*, *Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit*, Berlin 2018; *Helga Grebing* (Hrsg.), *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – katholische Soziallehre – protestantische Sozialethik*. Handbuch, Essen 2000; *Klaus von Beyme*, *Konservatismus. Theorien des Konservatismus und Rechtsextremismus im Zeitalter der Ideologien 1789–1945*, Wiesbaden 2013.

25 Vgl. *Kirsten Heinsohn*, *Konservative Parteien in Deutschland 1912 bis 1933. Demokratisierung und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive*, Düsseldorf 2009; *Birte Förster*, *Mit*

ethnisch-nationalistischen Exklusivitätsvorstellung sowie einer Absage an die gesellschaftliche Pluralität und die demokratischen Grundrechte anderer, wie dies bei vielen nationalistischen Bewegungen der Fall ist, sind inhaltliche und auch wertebasierte Analysekrise nicht nur unvermeidbar, sondern sogar notwendig. Empörung und Protest allein sind eben keine Kennzeichen für gelingende Demokratie, die Forderung nach direkter Demokratie kann auch eine Chiffre für die Gewalt der ›Volksgemeinschaft‹ bedeuten.²⁶

II. DEMOKRATEGESCHICHTE ALS BILDUNGSImpERATIV UND FORSCHUNGSAGENDA

An der Geschichtswissenschaft und der historisch-politischen Bildungsarbeit in Deutschland sind die beschriebenen Diskussionen und Konflikte um die Qualität der Demokratie nicht spurlos vorbeigegangen. Als öffentliche Intellektuelle positionieren sich Historikerinnen und Historiker ohnehin zu zeitgenössischen Orientierungsfragen in vielfältiger Form, so auch jüngst zu den »gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie«.²⁷ Als eigenständiger Ansatz einer Beschäftigung mit der Geschichte der Demokratie hat sich in den letzten Jahren sowohl in wissenschaftlichen als auch in erinnerungspolitischen Kontexten der Begriff »Demokratiegeschichte« durchgesetzt.²⁸ Seit Ende der 1990er-Jahre fand er verstärkt Verwendung für eine demokratiefördernde Zielsetzung in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Nur vereinzelt wurde er in Bezug gesetzt zu einem demokratischen Zeitabschnitt, primär wurde er im Kontext einer Auseinandersetzung mit der Rolle der Sozialdemokratie in der deutschen Geschichte aufgegriffen.²⁹

Vor dem Hintergrund der zu Beginn skizzierten Debatten hat sich der (normativ gesetzte) Aufruf zur Beschäftigung mit Demokratie in der Geschichte bemerkbar gemacht. Dies kann ganz unterschiedliche Ausprägungen besitzen, vornehmlich beziehen sie sich auf Fragen der historisch-politischen Bildung sowie auf erinnerungskulturelle Arbeit. So zielt beispielsweise der Verein »Weimarer Republik e. V.« darauf, die »Geschichte und Erfahrungen der Weimarer Republik auf[z]uarbeiten und für unsere heutige Demokratie nutz-

Königin Luise gegen die Demokratie. Partizipatives Handeln rechtskonservativer Frauen in der Weimarer Republik, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, 2018, Nr. 73–74, S. 64–71.

- 26 Michael Wildt, Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg 2017; Gideon Botsch, Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft. Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechtsextremen Umfelds, Wiesbaden 2017; Uffa Jensen, Zornpolitik, Berlin 2017; Heitmeyer, Autoritäre Versuchungen, S. 231ff.
- 27 So verabschiedete der Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands am 27. September 2018 in Münster eine Resolution »zu gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie«, URL: <<https://www.historikerverband.de/verband/stellungnahmen/resolution-zu-gegenwaertigen-gefaehrungen-der-demokratie.html>> [1.10.2018].
- 28 Vgl. zum Beispiel Arnd Bauerkämper/Eike Hennig/Franz Neumann, Demokratiegeschichte der Bundesrepublik im 20. Jahrhundert. Spannungsfelder – Argumente – Tendenzen, Schwalbach im Taunus 2007. Die Autoren verwenden den Begriff nicht nur, um auf die Zeitabschnitte ihres Bandes hinzuweisen, sondern richten ihr Interesse auf die besondere Konstellation eines umfassenden Verständnisses von Demokratie, das über die rein politisch-staatliche Verfasstheit hinausreicht. Vgl. dies., Einführung, in: ebd., S. 7–8.
- 29 Hier ist zunächst der Titel eines Vortrags von Johannes Rau zu nennen, mit dem 1989 die Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg eröffnet wurde: Johannes Rau, Friedrich Ebert und sein Platz in der Demokratiegeschichte, Heidelberg 1991. Vgl. auch Helga Grebing, Die Rolle der Sozialdemokratie in der deutschen Demokratiegeschichte, in: Bernd Faulenbach/Gunther Adler (Hrsg.), Das sozialdemokratische Projekt im Wandel. Zur Frage der Identität der SPD, Essen 2008, S. 45–60.

bar [zu] machen«. ³⁰ Um dies umzusetzen, soll in Weimar bis Ende 2019 ein »nationaler Erinnerungsort« entstehen: das »Haus der Weimarer Republik – Forum für Demokratie«. Die Initiatoren möchten hier Errungenschaften der »ersten deutschen Demokratie« ins Gedächtnis rufen, »in einer Reihe mit anderen Gedenkortern der positiven Demokratiegeschichte – mit dem Hambacher Schloss, der Frankfurter Paulskirche oder der Leipziger Nikolaikirche«. ³¹ Die bundesweite Arbeitsgemeinschaft »Orte der Demokratiegeschichte« ist ein 2017 ins Leben gerufener Zusammenschluss von zurzeit 41 unterschiedlichen Stiftungen, Gedenkstätten, Museen, Forschungseinrichtungen und Bildungsvereinigungen, die ihre geschichtspolitische Arbeit unter diesem Stichwort vernetzen wollen. Sie eint das Bekenntnis zu einer »identitätsstiftende[n] Demokratie- und Erinnerungsarbeit als Beitrag für Respekt und Akzeptanz demokratischer Verfahren, Werte und Einrichtungen sowie für die Bereitschaft, sich gesellschaftlich zu engagieren«. ³² Gemeinsam verfolgen sie die Absicht, »die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und deutschlandweit zu fördern«. Hierzu seien

»[...] zum einen schon bekannte oder bisher weniger bekannte Orte und Ereignisse im öffentlichen Gedenken zu verankern und als Lernorte weiter zu entwickeln. Zum anderen sind Vorkämpfer/innen und Streiter/innen für Demokratie und Grundwerte öffentlich stärker herauszustellen; ihre Bereitschaft, in ihren Lebenssituationen Verantwortung zu übernehmen und Handlungsspielräume zu nutzen, ist aufzuzeigen.« ³³

Der 1993 gegründete Verein »Gegen Vergessen – für Demokratie« hat seine Ursprünge in der Erinnerungsarbeit zu den beiden Diktaturen in Deutschland. Er verknüpft die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus mit dem Einsatz zum Erhalt der Demokratie. Diese sei untrennbar mit demokratischen Grundwerten und einer demokratischen Kultur verbunden und werde durch erfolgreiche Erinnerungsarbeit gestärkt und gewahrt. Überdies zählt der Verein zu seinen Aufgaben, an demokratische Traditionen und demokratisch handelnde Akteure zu erinnern. ³⁴ In den letzten Jahren hat sich der letzte Punkt stärker in den Fokus der Arbeit geschoben; so wurde beispielsweise eine Handreichung zur lokalen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte der Demokratie erarbeitet. ³⁵ Sie geht von der Auffassung aus, »dass der Kampf für Demokratie keine lineare Erfolgsgeschichte ist«, sondern oftmals auch eine Geschichte des »Scheiterns« und des »demokratischen Widerstands«. Aus diesem Grund seien sowohl Phasen der »Etablierung von Demokratie« nach

30 URL: <<https://www.weimarer-republik.net/5-0-Verein.html>> [10.9.2018]. In enger Kooperation mit dem Verein wurde an der Universität Jena eine »Forschungsstelle Weimarer Republik« eingerichtet, die sich vor allem der Koordination von Forschungsvorhaben zur demokratischen Kultur der Weimarer Republik über Tagungen, Sammelbände und Forschungspreise widmet. Vgl. URL: <<https://www.weimarforschung.uni-jena.de/>> [10.9.2018] sowie die im Franz Steiner Verlag erscheinende Schriftenreihe »Weimarer Schriften zur Republik«, insb. *Michael Dreyer/Andreas Braune* (Hrsg.), *Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert*, Stuttgart 2016.

31 Weimarer Republik e. V., *Konzept für ein Haus der Demokratie in Weimar*, Juni 2015, URL: <https://www.weimarer-republik.net/files/konzept_haus_der_demokratie.pdf> [10.9.2018].

32 *Hambacher Manifest zur Demokratiegeschichte*, Juni 2017, URL: <<https://demokratie-geschichte.de/hambacher-manifest-zur-demokratiegeschichte/>> [10.9.2018].

33 Ebd.

34 Vgl. *Bernd Faulenbach*, *Erstarrte Rituale oder demokratische Kultur? Zu den Aufgaben und Problemen der Erinnerungsarbeit heute*, in: *Hans-Jochen Vogel/Ernst Piper* (Hrsg.), *Erinnerungsarbeit und demokratische Kultur*, München 1997, S. 9–17; *Hans-Jochen Vogel*, *Kein Schlußstrich! Gegen das Vergessen*, in: ebd., S. 41–46; *Rita Süßmuth*, *Die Deutschen und ihre Geschichte*, in: ebd., S. 122–129.

35 Vgl. *Michael Parak* (Hrsg.), *Demokratiegeschichte als Beitrag der Demokratiestärkung*, Berlin 2018.

dem »Abstreifen eines autoritären Systems oder einer Diktatur« ein wichtiger Untersuchungsgegenstand, etwa die Umbrüche 1918/19, 1945 und 1989, als auch »»stille[] Heldinnen und Helden«« des demokratischen Alltags, die als potenzielle »Vorbilder« verdeutlichen, »dass Einzelne etwas bewirken können«. Bei der Auseinandersetzung mit diesen Themen könne ein Bewusstsein von zentralen Werten der demokratischen Kultur vermittelt werden: der Umgang mit anderen Meinungen, die Fähigkeit, »Aushandlungsprozesse und Kompromisse« einzugehen, »Debatten [zu] führen« und eigene Positionen infrage zu stellen, das Verhältnis von politischer »Vision und Wirklichkeit«, Beispiele und Kriterien für »Good Governance« sowie für den Umgang mit »Feinde[n] der Demokratie«. ³⁶

Der Vorwurf der Normativität derartiger Ansätze dient allenfalls der prinzipiellen Delegitimierung von Wertgebundenheit als solcher beziehungsweise deren Ausklammerung im Forschungsbetrieb. Natürlich sind auch solche Initiativen nicht vor allzu vereinfachenden bildungspolitischen Imperativen gefeit. Mit guten Gründen haben jedoch die deutschen Politikergedenkstätten vor einigen Jahren »Demokratiegeschichte« als gemeinsame Beschreibung ihres Selbstverständnisses gewählt, um Spezifika der geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Aktionsweise demokratischer Politik beziehungsweise politischer Handlungen in einer Demokratie zu betonen. In einem gemeinsamen Sammelband untersuchen sie, wie Demokratie in Museen und Gedenkstätten bislang thematisiert wird. ³⁷ Mithilfe des Begriffs »Demokratiegeschichte« werden die Diskussionen um die Einrichtung verschiedener Institutionen gebündelt und reflektiert, in denen um das »richtige« Verhältnis zur Nation gestritten wurde. ³⁸ Ein Ziel ist es, die »Meistererzählungen« kritisch zu beleuchten. Konkret wird zum Beispiel danach gefragt, ob und inwiefern solche Narrative in den Museen existieren und wie sie sich zu einer demokratischen, das heißt nicht vorgegebenen Erzählstruktur eines Erfolgs verhalten. In den Untersuchungen wird deutlich, wie sehr die Dichotomie einer westdeutschen Erfolgsgeschichte auf nationaler Ebene in Kontrast steht zu offeneren, tendenziell widersprüchlicheren Erzählungen auf regionaler oder lokaler Ebene und welche Mittlerrolle die Ausstellungen der Politikergedenkstätten dabei einnehmen. ³⁹ Die historiografischen Diskussionen und Entwicklungen zeigen sich in den musealen Erzählungen auf den verschiedenen Ebenen. Sie legen eine Darstellung von Demokratie nahe, die trotz mancher Zuschauererwartungen bestrebt ist, die Traditionen einer geschlossenen Erzählung zu durchbrechen. Für die geschichtswissenschaftliche Perspektive hingegen könnte ein Deutungsangebot in diesem Zusammenhang sein, Demokratiegeschichte als Kern einer aktuellen Selbstverständnisdebatte zu begreifen, der sich auch Historikerinnen und Historiker nicht entziehen können. Ein weiterer Erkenntnisgewinn könnte zudem darin liegen, die normative Bewertung hintanzustellen, um die demokratische Praxis in den Vordergrund zu bringen und darüber zu einer anderen Perspektive zu gelangen. Unterstützt wird dies durch einen Befund Thomas Lindenbergers,

36 *Ders.*, Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung, in: ebd., S. 7–11.

37 *Thomas Hertfelder/Ulrich Lappenküper/Jürgen Lillteicher* (Hrsg.), *Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik*, Göttingen/Bristol 2016.

38 *Dies.*, *Erinnern an Demokratie in Deutschland*, in: ebd., S. 7–34, hier: S. 10f.

39 Vgl. *Frank Bösch*, Konsum, Protest und innerdeutsche Konkurrenz. Repräsentationen der bundesdeutschen Geschichte im Haus der Geschichte und im Deutschen Historischen Museum, in: ebd., S. 57–80; *Irmgard Zündorf*, Akteure zwischen Monarchie, Diktatur und Demokratie. Die Ausstellungen der Politikergedenkstätten des Bundes, in: ebd., S. 81–105; *Paul Nolte*, Von Glück und Streit, Lernen und Stabilität. Historiografische Meistererzählungen deutscher Demokratie, in: ebd., S. 121–137; *Thomas Hertfelder*, Eine Meistererzählung der Demokratie? Die großen Ausstellungshäuser des Bundes, in: ebd., S. 139–178.

der die offeneren Erzählungen in regionalen oder lokalen Einrichtungen mit der Einbeziehung verschiedener Akteure und ihrer Handlungen erklärt.⁴⁰

III. DEMOKRATISCHE PRAKTIKEN ALS GEGENSTAND DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Auch in der geschichtswissenschaftlichen Forschung hat die positive Bezugnahme auf einen liberalen Demokratiebegriff eine lange Tradition. Viele nach 1945 entstandene sozialwissenschaftliche und historische Studien gingen, meist ohne eine nähere Begründung, von der modernisierungstheoretisch geprägten Prämisse aus, dass die repräsentativen Demokratien in den USA sowie in West- und Nordeuropa in ihren unterschiedlichen Spielarten ein Gesellschaftsmodell etabliert hätten, das anderen Regierungsformen gegenüber normativ und faktisch überlegen sei. Das Ende des Zweiten Weltkriegs, der Wiederaufbau, die Nachkriegsprosperität und die europäische Integration können insbesondere aus westdeutscher Perspektive Wegmarken einer veritablen Erfolgsgeschichte sein, in der auch die »Demokratisierung« als multidimensionaler Prozess ihren Platz beansprucht.⁴¹ In der Bundesrepublik nahmen der Umgang mit dem nationalsozialistischen Erbe und dessen erinnerungspolitische »Aufarbeitung« in diesem Kontext breiten Raum ein⁴², das Scheitern der Weimarer Demokratie wurde dagegen noch lange als Bürde interpretiert.⁴³ Ein großer Teil dieser wissenschaftspolitischen Dimensionen wurde in den letzten zwei Jahrzehnten historisiert, indem unter anderem »transatlantische Mittler« in den Blick genommen wurden, um den Einfluss von »Amerikanisierung« und »Westernisierung« beim »Learning Democracy« zu bemessen.⁴⁴ Auch die Forschungen zur Rolle der staatlichen politischen Bildungsarbeit, der Medien und des Antikommunismus bieten wichtige Erkenntnisse für die historische Demokratieforschung.⁴⁵ Sie zeigen unter anderem, wie stark das politische Gefüge

40 Vgl. *Thomas Lindenberger*, Geschichtswerkstätten und die Erinnerung an »demokratische Traditionen« in Deutschland, in: ebd., S. 107–117.

41 *Tony Judt*, Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München/Wien 2006 (zuerst engl. 2005). *Corine Defrance/Ulrich Pfeil* (Hrsg.), Verständigung und Versöhnung nach dem »Zivilisationsbruch«? Deutschland in Europa nach 1945, Frankfurt am Main/Berlin etc. 2016.

42 Vgl. *Axel Schildt*, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1999; *Edgar Wolfrum*, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006; *Stephan Alexander Glienke/Volker Paulmann/Joachim Perels* (Hrsg.), Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2008.

43 *Sebastian Ullrich*, Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959, Göttingen 2009; *Christoph Gusy* (Hrsg.), Weimars lange Schatten – »Weimar« als Argument nach 1945, Baden-Baden 2003.

44 Vgl. *Anselm Doering-Manteuffel*, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999; *Arnd Bauerkämper/Konrad H. Jarausch/Marcus M. Payk* (Hrsg.), Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970, Göttingen 2005; *Julia Angster*, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003; *Margrit Seckelmann/Johannes Platz* (Hrsg.), Remigration und Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945. Ordnungsvorstellungen zu Staat und Verwaltung im transatlantischen Transfer, Bielefeld 2017; *Brian M. Puaca*, Learning Democracy. Education Reform in West Germany, 1945–1965, New York/Oxford 2013; *Philipp Heß*, Ein deutscher Amerikaner. Der kosmopolitische Demokrat Hans Simons 1893–1972, Göttingen 2018.

45 *Gudrun Hentges*, Staat und politische Bildung. Von der »Zentrale für Heimatdienst« zur »Bundeszentrale für politische Bildung«, Wiesbaden 2013; *Christina von Hodenberg*, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit. 1945–1973, Göttingen 2006; *Marcus M. Payk*, Der Geist der Demokratie. Intellektuelle Orientierungsversuche im Feuilleton

durch die machtpolitischen Rahmenbedingungen des Kalten Kriegs geprägt war und wie wenig dies mit demokratiethoretischen Idealvorstellungen in Einklang stand.

Neben der folgenreichen modernisierungstheoretischen Annahme, dass eine Ausweitung des westlichen Modells in andere Teile der Welt durch den Aufbau vergleichbarer Institutionen erstrebenswert sei⁴⁶, ist insbesondere eine Freiheits- und Emanzipationsgeschichte der Demokratie ein dominierender Erzählstrang.⁴⁷ Nach dieser Deutung ist gesellschaftliche Partizipation ein soziales Grundrecht, das in einem langen Ringen um Anerkennung, Gleichheit und Mitbestimmung zum Durchbruch gelangt sei und gegen traditionelle Herrschaft und ungleiche Verhältnisse ankämpfe. Der Vorwurf, diese Form der Geschichtsschreibung sei idealtypisch und teleologisch⁴⁸, läuft insofern ins Leere, als die meisten Forschungen dieser Art gerade die Ambivalenzen, Konflikte und Gegenkräfte thematisieren, die einer offenen freiheitlichen Gesellschaft im Weg stehen. Weder normative Kriterien noch eine eingängige Narration schließen empirische Genauigkeit und übergreifende Erkenntnisse aus. Sie fordern jedoch Widerspruch heraus, wenn sich dominierende Narrative als unzureichend erweisen, um gesellschaftliche Phänomene zu erfassen, die eine neue Generation von Historikerinnen und Historikern als relevant erachtet.⁴⁹

Angesichts der Vieldeutigkeit und der emotionalen Aufladung des Demokratiebegriffs gibt es mehrere Strategien, um das Feld kritischer Demokratiegeschichte definitorisch und historiografisch abzustecken. Einen Weg bietet die Begriffs- und Konzeptgeschichte an, weil sie eine Historisierung erlaubt, ohne eine normative Perspektive zu privilegieren. Wenn nicht nur philosophische Texte in den Blick genommen werden, sondern auch programmatische Dokumente und politische Akteure, liefert sie wichtige Erkenntnisse über die Orte und Arenen, in denen Demokratie verhandelt wurde.⁵⁰ Die politische Ideengeschichte ist darüber hinaus eine anspruchsvolle Angelegenheit, weil sie zumindest dem Anspruch nach in alle Kontexte hineingreift, in denen philosophisch-theoretisch und programma-

der frühen Bundesrepublik: Karl Korn und Peter de Mendelssohn, München 2008; *Johannes Großmann*, Die »Grundtorheit unserer Epoche«? Neue Forschungen und Zugänge zur Geschichte des Antikommunismus, in: AfS 56, 2016, S. 549–590. Weitere Erkenntnisse zu »Ideen und Praktiken der Demokratisierung nach 1945« verspricht ein in Jena angesiedeltes Forschungsprojekt: »Anfangs galt Demokratie noch als Elitenprojekt«. Ein Gespräch über politische Bildung, Demokratisierung und Institutionengeschichte mit Norbert Frei und Tim Schanetzky, in: APuZ 68, 2018, H. 13–14, S. 37–39.

46 Vgl. hierzu die Beiträge zum Rahmenthema »Gesellschaftswandel und Modernisierung, 1800–2000« im AfS 57, 2017.

47 Vgl. etwa: *Heinrich August Winkler*, Der lange Weg nach Westen, 2 Bde., München 2000; *Paul Nolte*, Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012; *Hans Fenske*, Auf dem Weg zur Demokratie. Das Streben nach deutscher Einheit 1792–1871, Reinbek 2018.

48 Diese überzogene Kritik erhoben zuletzt Tim B. Müller und Hedwig Richter im Themenheft von »Geschichte und Gesellschaft« über »Demokratiegeschichten«: »Als Ausgangspunkt des Interesses kann nicht ein starrer, an aktuellen Vorstellungen oder einem bundesrepublikanischen Idyll orientierter Idealtypus von parlamentarisch-liberaler Demokratie dienen, der die historische Analyse vornehmlich als Gerichtsprozess inszeniert, in dem besorgt zwischen vorbildlichen Schafen und verurteilenswerten Böcken geschieden wird.« *Tim B. Müller/Hedwig Richter*, Einführung: Demokratiegeschichten. Deutschland 1800–1933 in transnationaler Perspektive, in: GG 44, 2018, S. 325–335, hier: S. 328.

49 Vgl. etwa das Themenheft »Zeitgeschichte/n«, APuZ 68, 2018, H. 38–39.

50 Vgl. als Überblick: *Jussi Kurunmäki/Jeppé Nevers/Henk te Velde* (Hrsg.), Democracy in Modern Europe. A Conceptual History, New York/Oxford 2018; *Christian Meier/Hans Leo Reimann/Hans Maier* u. a., Demokratie, in: *Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck* (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 821–899.

tisch-praktisch die politischen Rahmenbedingungen des Zusammenlebens thematisiert werden.⁵¹

Für die Geschichtswissenschaft bleibt die Demokratie ein spannendes und lohnendes Themenfeld, weil grundlegende Fragen der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung ins Zentrum gestellt werden. So sind insbesondere Umbrüche, Krisensituationen und Kriege beliebte Untersuchungsgegenstände der historischen Demokratieforschung, da in diesen Zeiten Aushandlungsprozesse und Verschiebungen besonders deutlich zutage treten. Revolutionäre Erhebungen in Europa wie 1789, 1848, 1918 oder 1989 etablierten neue politische Kulturen und Verfassungen.⁵² Die Beendigung von Kriegen und der Abschluss von Friedens- und Bündnisverträgen ermöglichten 1918 und 1945 unter jeweils spezifischen Vorzeichen und Voraussetzungen einen politischen Umbruch in Richtung Demokratie.⁵³ Wirtschaftliche Krisen und soziale Missstände gingen mitunter mit einem Legitimationsverlust des politischen Systems einher, der zum »Scheitern« und zum »Untergang« demokratischer Staaten wie 1922 in Italien oder 1933 in Deutschland führen konnte⁵⁴ oder aber auch zu einer demokratischen Transformation vormals autoritärer Regime wie in Spanien, Portugal und Griechenland in den 1970er-Jahren.⁵⁵

Jenseits der Ausnahmezustände sind es aber die demokratischen Alltagspraktiken, die zunehmend die Aufmerksamkeit der geschichtswissenschaftlichen Forschung erhalten. Selbst die alte Debatte um einen deutschen ›Sonderweg‹, deren historiografische Brisanz schon weitgehend erkaltet war, wurde als Aufhänger für eine neue Beschäftigung mit demokratischen Praktiken fruchtbar gemacht. Bereits die Forschungen von Thomas Kühne, Thomas Welskopp, James Retallack und anderen haben deutlich gemacht, dass es für die Demokratieforschung überaus erkenntnisfördernd sein kann, nicht nur die Wahlergebnisse, die rechtliche Verfassung und das Handeln der Exekutive zum Gradmesser der demokratischen Kultur zu machen, sondern etwas genauer auf die regionalen Unterschiede und

51 Vgl. *Jan-Werner Müller*, Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert, Berlin 2013; *Marcus Llanque*, Politische Ideengeschichte. Ein Gewebe politischer Diskurse, München 2008.

52 Vgl. unter anderem *Lynn Hunt*, Symbole der Macht, Macht der Symbole. Die Französische Revolution und der Entwurf einer politischen Kultur, Frankfurt am Main 1989 (zuerst engl. 1984); *Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche* (Hrsg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998; *Joanna Innes/Mark Philp*, Democracy from Book to Life. The Emergence of the Term in Active Political Debate, to 1848, in: *Kurunmäki/Nevers/te Velde*, Democracy in Modern Europe, S. 16–41; *Horst Dippel* (Hrsg.), Visionen eines zukünftigen Deutschlands. Alternativen zur Paulskirchenverfassung 1848/49, 3 Bde., Berlin 2017.

53 Vgl. beispielsweise für 1918: *Tim B. Müller/Adam Tooze* (Hrsg.), Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2015; *Andreas Wirsching* (Hrsg.), Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie. Die Weimarer Republik im europäischen Vergleich, München 2007; *Tim B. Müller*, Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014.

54 Vgl. *Levitsky/Zibblatt*, Wie Demokratien sterben, S. 20ff.; *Heinrich August Winkler*, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933, Bonn 1990; *Hans Mommsen*, Die verspätete Freiheit. Aufstieg und Untergang der Weimarer Republik, erw. Neuausg., Berlin 2018; *Ulrich*, Der Weimar-Komplex; *Andreas Wirsching/Berthold Kohler/Ulrich Wilhelm* (Hrsg.), Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie, Stuttgart 2018.

55 Vgl. *Jörg Ganzenmüller* (Hrsg.), Europas vergessene Diktaturen? Diktatur und Diktaturüberwindung in Spanien, Portugal und Griechenland, Köln/Weimar etc. 2018; *Birgit Aschmann*, Spanien in der transición. Von der Franco-Diktatur zur Demokratie, in: *Mittelweg* 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 25, 2016, H. 3, S. 29–58; *Wolfgang Merkel*, Systemtransformation. Eine Einführung in Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2., überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2010 (zuerst 2000), S. 169ff.

die konkreten Praktiken der Parteien und vor allem der Wählerinnen und Wähler zu blicken.⁵⁶ Margaret Lavinia Anderson bereite mit ihrer Studie zu den Wahlen und zur politischen Kultur im Deutschen Kaiserreich den Weg zu einer stärker kulturgeschichtlichen Sicht auf die konkreten Voraussetzungen, Umstände und Abläufe von Wahlen im transnationalen Vergleich, um die aus ihrer Sicht unproduktive und irreführende Herausstellung eines »Demokratiedefizits« in Deutschland zu korrigieren.⁵⁷ Hieran anknüpfend hebt Hedwig Richter in ihrer vergleichenden Studie zu den Wahlen in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert hervor, dass die Ähnlichkeiten zwischen beiden Staaten überwiegen, dass die Einführung des Wahlrechts eher »von oben« erteilt denn »von unten« erkämpft wurde und dass die Ausbreitung im 19. Jahrhundert weniger der ideellen Strahlkraft, sondern den sozialstrukturellen Bedingungen und veränderten Praktiken geschuldet gewesen sei.⁵⁸

Auch für das 20. Jahrhundert gibt es eine ganze Reihe jüngerer Forschungen, die sich aus kulturgeschichtlicher Perspektive mit Demokratie beschäftigen.⁵⁹ Die Fokussierung auf die Rahmenbedingungen und Abläufe einzelner Wahlen sowie auf konkrete Aktionsformen der Bürgerinnen und Bürger ließ politisch-normative Kontroversen in den Hintergrund treten. Stattdessen wurden Briefe an Politiker, Petitionen, Straßenwahlkämpfe, Demonstrationen, Parteiorganisationen, parlamentarische Rituale und mediale Inszenierungen als Arenen der Partizipation identifiziert, die sich sowohl parteien- und epochenübergreifend als auch transnational vergleichend untersuchen lassen.⁶⁰ Die strategischen Vorstöße und praktischen Erfahrungen in weiteren gesellschaftlichen Teilbereichen (Betriebe, Hochschulen, Gerichte et cetera), die auf Beteiligung und Mitbestimmung abzielten, wurden

56 *Thomas Kühne*, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994; *ders.*, Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung, in: *AfS* 33, 1993, S. 481–547; *Simone Lässig/Karl Heinrich Pohl/James Retallack* (Hrsg.), Modernisierung und Region. Studien zu Wahlen, Wahlrecht und Politischer Kultur im Wilhelminischen Deutschland, Bielefeld 1998; *James Retallack*, The German Right, 1860–1920. Political Limits of the Authoritarian Imagination, Toronto 2006; *ders.*, Red Saxony. Election Battles and the Spectre of Democracy in Germany, 1860–1918, Oxford/New York etc. 2017; *Thomas Welzkopp*, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000.

57 *Margaret Lavinia Anderson*, Ein Demokratiedefizit? Das Deutsche Kaiserreich in vergleichender Perspektive, in: *GG* 44, 2018, S. 367–389. Vgl. *dies.*, Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich, Stuttgart 2009 (zuerst engl. 2000).

58 *Hedwig Richter*, Moderne Wahlen. Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert, Hamburg 2017, S. 558.

59 *Thomas Mergel*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: *GG* 28, 2002, S. 574–606; *ders.*, Wahlkampfgeschichte als Kulturgeschichte. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Beispiele, in: *Barbara Stollberg-Rilinger* (Hrsg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, Berlin 2005, S. 355–376; *Claudia Christiane Gatzka/Hedwig Richter/Benjamin Schröder*, Zur Kulturgeschichte moderner Wahlen in vergleichender Perspektive. Eine Einleitung, in: *Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung* 23, 2013, H. 1, S. 7–19.

60 *Thomas Mergel*, Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik. 1949–1990, Göttingen 2010; *Hedwig Richter/Hubertus Buchstein* (Hrsg.), Kultur und Praxis der Wahlen. Eine Geschichte der modernen Demokratie, Wiesbaden 2017; *Claudia Christiane Gatzka*, Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik, 1944–1979, Düsseldorf 2019 (im Erscheinen); *Michaela Fenske*, Demokratie erschreiben. Bürgerbriefe und Petitionen als Medien politischer Kultur 1950–1974, Frankfurt am Main/New York 2013; *Benjamin Schröder*, Händler und Helden. Wahlen und politische Konfliktkultur in Deutschland und Großbritannien, 1918–35, Diss., Berlin 2016; *Zoé Kergomard*, Es ist nicht selbstverständlich, dass man uns wählt. Schweizer Parteien im Wahlkampf (1947–1983), Diss., Freiburg im Üechtland 2017.

bislang häufig in politikgeschichtlicher Perspektive als Ausweitung der parlamentarischen Demokratie thematisiert.⁶¹ Die Öffnung für kulturgeschichtliche und praxeologische Zugänge, die sich bei den Forschungen zu Protestbewegungen⁶² und zur Partizipation am Arbeitsplatz⁶³ bereits seit einiger Zeit abzeichnet, wäre aus einem demokratiegeschichtlichen Erkenntnisinteresse auch für weitere Felder und Akteure (beispielsweise Vereine, Sozialverbände, soziale Medien) vielversprechend.⁶⁴ Ähnliches gilt für die Beschäftigung mit der Rolle von Emotionen in der Politik, die ein produktiver, methodisch herausfordernder Forschungsansatz sein kann, um Vertrauen und Angst, Euphorie, Enttäuschungen und Empörung als wesentliche Komponenten des demokratischen Alltags zu untersuchen.⁶⁵

IV. ZU DEN BEITRÄGEN DES BANDES

Der vorliegende Band knüpft an diese Forschungen an und beleuchtet politische Praktiken in Westeuropa zwischen dem Ende des 18. und dem Ende des 20. Jahrhunderts. Dabei sind die Arenen über den europäischen Kontinent verteilt, von Großbritannien bis Deutschland und von Dänemark bis Spanien, und die Schwerpunkte liegen auf den Untersuchungen von Praktiken in Parlamenten, Parteien oder Protestbewegungen. Die Beiträge, die sich mit der frühen Moderne auseinandersetzen, legen den Fokus auf die Herausarbeitung von strukturellen Zusammenhängen zwischen bestehenden Traditionen der Herrschaftspraxis und der (kaum) möglichen Durchbrechung durch die sich neu herausbildende Program-

61 Vgl. *Werner Milert/Rudolf Tschirbs*, Die andere Demokratie. Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland, 1848 bis 2008, Essen 2012; *Philipp B. Bocks*, Mehr Demokratie gewagt? Das Hochschulrahmengesetz und die sozial-liberale Reformpolitik 1969–1976, Bonn 2012; *Jörg Requate*, Der Kampf um die Demokratisierung der Justiz. Richter, Politik und Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main/New York 2008.

62 Vgl. *Donatella della Porta* (Hrsg.), Democracy in Social Movements, Basingstoke/New York 2009; *Andreas Pettenkofer*, Radikaler Protest. Zur soziologischen Theorie politischer Bewegungen, Frankfurt am Main/New York 2010; *Philipp Gassert*, Bewegte Geschichte. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018; *Sven Reichardt*, Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014; *Joachim C. Häberlen*, The Emotional Politics of the Alternative Left. West Germany, 1968–1984, Cambridge/New York etc. 2018.

63 Vgl. *Knud Andresen/Michaela Kuhnhenne/Jürgen Mittag* u. a. (Hrsg.), Der Betrieb als sozialer und politischer Ort. Studien zu Praktiken und Diskursen in den Arbeitswelten des 20. Jahrhunderts, Bonn 2015; *Dimitrij Owetschkin*, Vom Verteilen zum Gestalten. Geschichte der betrieblichen Mitbestimmung in der westdeutschen Automobilindustrie nach 1945, Bielefeld 2016; *Christiane Mende*, Arbeiterinnenselbstverwaltung? Normalität und Aufbruch im Arbeitsalltag der belegschaftseigenen Glashütte Süßmuth, in: Themenportal Europäische Geschichte, 2017, URL: <<http://www.europa.clio-online.de/essay/id/artikel-4127>> [1.10.2018].

64 Vgl. *Lucas Haasis/Konstantin Rieske* (Hrsg.), Historische Praxeologie. Dimensionen vergangenen Handelns, Paderborn 2015; *Thomas Welskopp*, Unternehmen Praxisgeschichte. Historische Perspektiven auf Kapitalismus, Arbeit und Klassengesellschaft, Tübingen 2014; *Hella Dietz/Frithjof Nungesser/Andreas Pettenkofer* (Hrsg.), Pragmatismus und Theorien sozialer Praktiken. Vom Nutzen einer Theoriedifferenz, Frankfurt am Main/New York 2017.

65 Vgl. *Gary S. Schaal/Felix Heidenreich*, Politik der Gefühle. Zur Rolle von Emotionen in der Demokratie, in: APuZ 63, 2013, H. 32–33, S. 3–11; *Jensen*, Zornpolitik; *Ute Frevert*, Die Politik der Demütigung. Schauplätze von Macht und Ohnmacht, Frankfurt am Main 2017; *Bernhard Gotto*, Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre, Berlin/Boston 2018 (im Erscheinen); *Ruth Wodak*, Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien 2016; *Frank Biess*, Republik der Angst. Die andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek 2019 (im Erscheinen).

matik der politischen Akteure. Niels Grüne zeigt anhand dreier Regionen (der nördlichen Oberrheinebene, dem hessisch-fränkischen Mittelgebirge und dem östlichen Westfalen), wie die sich an personaler Repräsentation orientierenden ländlichen Gemeinden an ihre Integrationsgrenzen gerieten. Die politische Translokalisierung, das heißt die Hinwendung zu Konzepten und Praktiken, die über die dörfliche Lebenswelt hinausreichten, schlug sich vornehmlich in Petitionen, aber schließlich auch in Wahlen nieder. Im Ergebnis konnte sich dieser Prozess jedoch teilweise als entgegengesetzt gegenüber der überregionalen und überpersonalen politischen Orientierung auswirken, wenn sich die Mehrheit der wahlberechtigten ländlichen Gesellschaft gegen die eigenen Interessen entschied und die monarchische Tradition bekräftigte.⁶⁶ Die Beharrungskräfte alter traditioneller Herrschaft werden auch im Beitrag Thomas Mergels thematisiert, in dem die Übergangszeit zum politischen Massenmarkt in Frankreich, Deutschland, Großbritannien und der Schweiz untersucht wird.⁶⁷ Hier zeigt sich, wie sehr sich eine Veränderung der Rahmenbedingungen mittels Wahlrechtsänderungen auf die Praktiken niederschlug, die vor allem darin bestanden, die alte Herrschaft mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Dazu zählten in Großbritannien Betrug, Korruption und Gewalt genauso wie eine staatlich repressive Wahlprüfung in Frankreich, während diese Kontrolle in Deutschland als Mittel der Wahl gegen staatliche Wahlmanipulation eingesetzt wurde.⁶⁸ Mergel analysiert den Wahlakt als soziale Praxis, in die sich die Demokratisierungsschübe des 19. Jahrhunderts mit veränderten Praktiken der politischen Auseinandersetzung einschrieben.

Die Arena des Parlaments ist ein häufiger Gegenstand der Untersuchungen zu demokratischen Praktiken. So fragt Paul Lukas Hähnel nach der politischen Praxis derjenigen Mandatsträger, die während des Kaiserreichs zugleich in einem Landesparlament und im Reichstag vertreten waren.⁶⁹ Das Doppelmandat, so seine These, führte zur Verkoppelung der Parlamente in Personen, wenn auch auf informellem Wege. Ebenso führte diese doppelte Erfahrung auch zu einer stärkeren Verflechtung auf Praxisebene sowie von anderen Praktiken oder Routinen. Demgegenüber fällt der Befund, dass auch Interessen der Landesebene auf Reichsebene unter Umständen besseres Gehör fanden, weniger stark ins Gewicht. Theo Jung setzt sich wiederum mit der politischen Praxis von Parlamentariern in Form von Debattenboykotts zu Beginn der Moderne auseinander.⁷⁰ Der Boykott in Großbritannien und Frankreich stellte zwischen dem Ende des 18. und dem ersten Viertel des 19. Jahrhunderts eine durchaus übliche, aber durchgängig riskante Praxis dar. Je nach politischer Konstellation, Anlass und Status beziehungsweise Bekanntheit und Strahlkraft des Abgeordneten sowie Verlauf des Boykotts konnte dieser Vorgang das Ende der politischen Karriere respektive den Bedeutungsverlust der politischen Strömung bedeuten. Die Praxis musste sich immer an dem Ziel messen, was das Schweigen eigentlich kommunizierte und wann und wie es im Parlament wieder aufgehoben werden musste, um schließlich wirksam zu werden. Die Beziehungen zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen politischen Arenen konstituieren gewissermaßen den roten Faden in den Untersuchungen, die sich in diesem Band mit politischen Praktiken beschäftigen. Das Parlament, mit welchen Rechten es ausgestattet war und wer darin vertreten sein sollte, rückt der Beitrag von Anne Engelst Nørgaard in den Fokus. Der politische Kampf fand 1848 in Dänemark sowohl im Parlament als auch in der medialen wie situativen Öffentlichkeit statt. Bemerkenswert daran ist, dass und wie das diffus bleibende Konzept von »Demo-

66 Vgl. den Beitrag von Niels Grüne in diesem Band.

67 Vgl. den Beitrag von Thomas Mergel in diesem Band.

68 Eine unzulässige Einwirkung auf Wähler war weniger zu beobachten, auch wenn Niels Grüne in seinem Beitrag genau solch ein Beispiel aufzeigt.

69 Vgl. den Beitrag von Paul Lukas Hähnel in diesem Band.

70 Vgl. den Beitrag von Theo Jung in diesem Band.

kratie« als neues Narrativ seitens der Bauernpartei – als ungewöhnlichem Akteur in der europäischen Revolution – genutzt wurde. Sie setzte es erfolgreich als Zukunftskonzept ein, um sich auf nationaler Ebene zu profilieren.⁷¹

Anhand der Mittel des Protests innerhalb und außerhalb des Parlaments, der verschiedenen (illegalen) Manipulationen, mit Mitteln der narrativ-emotionalen Überzeugung, des Einsatzes und der Nutzung von Medien sowie der Anbindung an Persönlichkeiten zeigen die Beiträge zum 19. Jahrhundert, wie und in welchen Formen das Parlament umkämpft war. Damit, und das wird in einzelnen Beiträgen deutlich, überschreitet das politische Gemeinwesen die Grenze in die Moderne, zu individueller Wahl und persönlichem Anspruch auf Repräsentation. Der Weg in den politischen Massenmarkt ist gekennzeichnet von einer Umbruchsphase, in der sich diese neuen Praktiken herauskristalisieren und in der sich ein öffentlich zu findender Konsens zu einer dauerhaften Auseinandersetzung um den besten Weg wandelt. Als Scharnier fungieren die Parteien, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zu bilden beginnen. An drei Beispielen aus Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland zeigt Anne Heyer, wie schwammig und zugleich umkämpft die Vorstellung von Demokratie in den verschiedenen Parteien war, beispielsweise zur innerparteilichen Stimmrechtsverteilung.⁷² Die politisch ganz unterschiedlich gelagerten Fälle der britischen Nationalen Liberalen Föderation, der deutschen Sozialdemokratie sowie der niederländischen Antirevolutionären Partei erweisen sich als je eigene Arenen der Auseinandersetzung, setzen aber zugleich die Vorstellung von Partizipation in divergierenden Begriffen je nach vorhandener Rahmung um. Grundsätzlich entwickelten sich die Parteien zwar entlang der nationalen Prägung, gingen aber von basisdemokratischen Vorstellungen auf der lokalen Ebene aus und organisierten sich auf den höheren Aggregatebenen repräsentativ. Der herausgehobenen Persönlichkeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, August Bebel, widmet sich der Beitrag von James Retallack.⁷³ Der biografische Zugang ermöglicht es ihm, die Handlungs- und Sagbarkeitsräume der Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich auszuleuchten. Er macht deutlich, dass Bebel weniger als revolutionärer Politiker, sondern viel stärker als Vorkämpfer für soziale Gerechtigkeit und demokratische Reformen in Erscheinung trat.

Die weiteren Beiträge setzen sich mit der Rolle von Parteien in der Demokratie nach 1945 und 1990 auseinander. Sie zeigen, dass die parteienzentrierte Demokratie nicht, wie oft angenommen, statisch einen Parteienstaat darstellte, sondern einem starken Wandel unterlegen war. Dieser manifestiert sich auf der Ebene der politischen demokratischen Praxis sowohl innerhalb wie auch außerhalb von Parteien. So stellt Harm Kaal die These auf, dass sich in den Niederlanden zwischen Mitte der 1950er- und Ende der 1960er-Jahre ein grundlegender Wandel im Verständnis der Demokratie und des praktischen Verhältnisses zwischen Parteien und Wahlvolk beziehungsweise zwischen Politikern und Politikerinnen und Bürgerinnen und Bürgern vollzog, eine Veränderung der Spielregeln anhand sich verändernder Kommunikationswege und -arten.⁷⁴ In einem Dreischritt von der Meinungsforschung als Mittel einer neuen Sicht auf die Wählerschaft und einem neuen Repräsentationsverständnis über die direkte Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern vermittelt der Nutzung von »Kummerkästen« im öffentlichen Raum bis hin zur systematischen Bearbeitung der Bürgerpost beleuchtet er diesen Wandel. Als dessen Folge kristallisierten sich eine andere Form der Repräsentation heraus (statt »Politik durch uns« eine »Politik für euch«) sowie ein neuer Anspruch auf Öffentlichkeit und Responsivität. Damit sei in den Niederlanden der Schritt hin zu einer »Zuschauerdemokratie« bei zugleich starker in-

71 Vgl. den Beitrag von Anne Engelst Nørgaard in diesem Band.

72 Vgl. den Beitrag von Anne Heyer in diesem Band.

73 Vgl. den Beitrag von James Retallack in diesem Band.

74 Vgl. den Beitrag von Harm Kaal in diesem Band.

dividueller Interaktion bereits Mitte der 1960er-Jahre vollzogen worden. Zu dieser Zeit beginnt für Claudia Christiane Gatzka die »Blüte der Parteiendemokratie« in Westdeutschland.⁷⁵ Auch sie macht die starke individuelle Kommunikation als zentralen Mechanismus einer neuen demokratischen Praxis aus. Sie zeigt, wie sehr die situative Öffentlichkeit als Ergänzung zu der flächendeckenden Verbreitung des Fernsehens eine Politisierung und Mobilisierung unterstützte, die die herkömmlichen Grenzen des politischen Raums sprengte und die dabei das Private, die Arbeit, den Alltag durchdrang. Diese umfassende und massenhafte Mobilisierung ging mit Erwartungen an die Machbarkeit politischer Vorhaben einher, die dann im Lauf der 1970er-Jahre eingetrübt und enttäuscht wurden. Hier setzt der Beitrag Liesbeth van de Grifts an, die den Anspruch der Europäischen Kommission an eine Steigerung der Bürgerbeteiligung und -repräsentation untersucht.⁷⁶ Am Beispiel des Wirtschafts- und Sozialausschusses wird verdeutlicht, wie die schon traditionellen Interessenvertreter der Arbeitgeber und Gewerkschaften nun Lobbygruppen gegenüberstanden. Diese traten ebenfalls mit dem Anspruch der legitimen Vertretung, insbesondere unter den Leitbegriffen von Verbraucherschutz und Umwelt, in die Arena der nicht demokratisch organisierten Kommission ein.

Zwei Aufsätze thematisieren Spanien am Ende der Franco-Diktatur und die Zeit danach. Anna Catharina Hofmann setzt sich mit den Anzeichen einer sich ändernden politischen Praxis in der späten Franco-Zeit auseinander.⁷⁷ Das Regime, das sich selbst als »Demokratie« bezeichnete, hatte eine direkte und gelenkte Repräsentation eingerichtet, um so eine Mobilisierung der Bürgerschaft zu erreichen und sich darüber Legitimation zu verschaffen. Als das Regime selbst Anfang der 1960er-Jahre eine Partizipationsoffensive startete, bot sich ein Spielraum für abweichende Positionen, der zwar genutzt wurde, aber keinesfalls den Punkt eines offenen Widerstands erreichte. Vielmehr trug das fortwährende Bemühen um demokratische Legitimation zur Delegitimierung des Regimes bei. Demgegenüber zeigt Giulia Quaggio, wie stark die spanische Friedensbewegung von den Erfahrungen der Diktatur und des Übergangs in die Demokratie geprägt war und sich dies in die Begründungszusammenhänge von demokratischer Bewegung und Ablehnung des Militarismus in die Friedensbewegung einwebte, während sie in der Praxis genauso agierte wie auch die Friedensbewegungen anderer Länder.⁷⁸ Ein weiterer Aufsatz zu politischer Praxis in Umbrüchen beschäftigt sich mit einem Strukturelement der *polity*, nämlich der Rechtsprechung. Nathalie Le Bouëdec untersucht, wie die Diskussionen über die Ansätze einer stärkeren demokratischen Praxis in der Gerichtsbarkeit 1919 und in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs verliefen.⁷⁹ Die mit der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Rechtsprechung verbundenen Hoffnungen standen im Spannungsverhältnis zur ernüchternden Realität der Laiengerichtsbarkeit. Die Autorin führt dies auch auf die voraussetzungsreiche Sachlogik des deutschen Rechtssystems zurück, das nur sehr begrenzt für eine Beteiligung des Volkes ausgelegt war.

Die Beiträge zu ausgewählten Aspekten aus knapp zweieinhalb Jahrhunderten westeuropäischer Demokratiegeschichte machen insgesamt deutlich, dass sich die Untersuchung des »Doing Democracy« hervorragend als Sonde eignet, um die Konflikte auszuleuchten, die mit der partizipativen Öffnung verschiedener gesellschaftlicher Arenen verknüpft waren. Die zeitgenössisch virulenten normativen und theoretischen Fragen werden mit der gewählten kultur- und sozialgeschichtlichen Herangehensweise kontextualisiert, empirisch unterfüttert und dadurch historisiert. Somit bietet der Band, so hoffen wir, sowohl Erkennt-

75 Vgl. den Beitrag von Claudia Christiane Gatzka in diesem Band.

76 Vgl. den Beitrag von Liesbeth van de Grift in diesem Band.

77 Vgl. den Beitrag von Anna Catharina Hofmann in diesem Band.

78 Vgl. den Beitrag von Giulia Quaggio in diesem Band.

79 Vgl. den Beitrag von Natalie Le Bouëdec in diesem Band.

nisse und Anregungen für zukünftige Forschungen als auch Anknüpfungspunkte für die demokratiegeschichtliche Bildungsarbeit und für gegenwärtige Kontroversen zum Zustand der Demokratie.